

PROLETARIER ALLEN LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLEN LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Mai 93

Kampf gegen die Folgen der Krise!

KAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallindustrie in der ehemaligen DDR haben trotz schwieriger Bedingungen den Kampf gegen den Bruch der Tarifverträge durch die Kapitalistenverbände aufgenommen. Der bisherige Gang der Ereignisse zeigt, daß nur massive Kampfmaßnahmen - auch gegen die Abwiegelung durch die DGB-Führer, die gleich über Kompromisse reden - die Kapitalisten zwingen kann, wenigstens die vereinbarten Tarifverträge ohne Abstriche einzuhalten.

Die Kapitalisten wollen ein Zeichen setzen für die Richtung, in die es künftig gehen soll: massive Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen zur Sicherung ihrer Profite. Für die westberliner, wie auch für die westdeutschen Werktätigen muß es deshalb eine Selbstverständlichkeit sein, die Streiks und Demonstrationen ihrer Kolleginnen und Kollegen im "Tarifgebiet Ost" zu unterstützen. Es ist ihr Kampf, der dort gekämpft wird, gegen dieselben Kapitalisten, die auch ihnen gegenüberstehen.

Gegen die Abwälzung der Krisenlasten kämpfen!

Der Vorstoß der Kapitalistenverbände, durch Tariföffnungsklauseln freie Hand für das Unterlaufen erkämpfter Rechte und Standards zu bekommen, zeigt, daß nichts mehr "tabu" ist, wie sich mancher bisher vormachte. Angesichts der Millionearbeitslosigkeit im alten Herrschaftsgebiet des westdeutschen Imperialismus wie in der mehr und mehr einverlebten früheren DDR lautet ihre Devise, sich auf Kosten der Werktätigen zu sanieren. Dies soll auf allen Ebenen durchgesetzt werden - in den von Schließung bedrohten Betrieben, bei den Tarifverhandlungen, durch höhere Steuern und gekürzte Sozialversicherungsleistungen.

Das Kapital sucht wie immer seinen Ausweg aus der Krise - die überzähligen, nicht mehr profitablen Arbeiterinnen und Arbeiter werden auf die Straße geworfen und die Ausbeutung der weiter Beschäftigten gesteigert. Und der bürgerliche Staat, die Regierenden zeigen mit ihrem Generalangriff auf die Geldbeutel der Werktätigen einmal mehr, wessen Instrument sie sind.

Der sog. "Solidarpakt" ist ein Musterbeispiel dafür, daß Politik im Interesse des Kapitals gemacht und wie dies gemacht wird. Streichlisten kursieren und werden dementiert, alles steht zur Disposition, und das nach "zähen Verhandlungen" präsentierte Ergebnis, das eine einschneidende Verschlechterung darstellt, wird als "kleineres Übel" verkauft. Die Steuererhöhung wird in einen "Solidaritätszuschlag" verwandelt und damit ein Lohnabzug in Milliardenhöhe vorgenommen. Sozialhilfe und Arbeitslosengeld werden real gekürzt und die Verbrauchssteuern heraufgesetzt. ABM-Stellen werden gestrichen, wenn auch vorläufig nicht in dem erst lancierten Umfang. Die "Gesundheitsreform" lief nach demselben Verfahren ab, die Kostenabwälzung durch Pflegeversicherung und Karenztage ist keineswegs vom Tisch.

Sicher bei diesem fortdauernden Verwirrspiel ist in jedem Fall, daß "die unten" zahlen müssen, denn "die oben" können sich nicht nur in Krisenzeiten auf ihren Staat verlassen.



Protestaktionen von Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie in der ehemaligen DDR

Das kapitalistische Profitprinzip bringt die Krise hervor!

Der Widerspruch dieser Realitäten zu dem noch kaum verklungenen Triumphgeheul aller Stützen dieser kapitalistischen Gesellschaft über den "Untergang des Kommunismus" und den "endgültigen Sieg der Marktwirtschaft", den

"unwiderlegbaren Beweis ihrer Überlegenheit" als angeblich bestmöglicher aller Welten, ist offenkundig. Alle schönrednerischen Phrasen über die "Vorzüge" der kapitalistischen Gesellschaftsordnung können deren Übel und fundamentale Gegensätze nur notdürftig übertünchen.

Über diese Widersprüche und die Wege und Mittel zu ihrer Beseitigung ist am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, vor allem zu reden. Ebenso muß klargestellt werden, daß in der ehemaligen DDR keineswegs "der Sozialis-

"Deutsche Soldaten ab heute im Kampfeinsatz!"

So und ähnlich tönte die imperialistische Presse, nachdem seit Mitte April Soldaten der Bundeswehr ganz offiziell an militärischen Angriffsoperationen im ehemaligen Jugoslawien beteiligt sind. Der Einsatz von Luftwaffenoffizieren in den AWACS-Radarflugzeugen ist die Fortsetzung der bisherigen Taktik der dosierten Eskalation mit sog. Hilfsflügen und den Operationen der Bundesmarine vor der jugoslawischen Küste. Damit ist das Tor aufgestoßen für den Kriegseinsatz der Bundeswehr. Schon jetzt wird Stimmung gemacht für Bombenflüge und weitere Schritte, noch direkter militärisch einzugreifen.

Niemand soll glauben, hier ginge es um "humanitäre Ziele", um den Schutz der Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina, Kroatien oder Serbien, die unter dem Krieg der dort herrschenden reaktionären chauvinistischen Cliquen um Macht und Einflußgebiete Schreckliches zu erleiden haben. Die westdeutschen Imperialisten benutzen diesen Konflikt, um selbst an Einfluß zu gewinnen und Abhängigkeit zu schaffen, indem sie eine der reaktionären kriegführenden Parteien gegen die andere unterstützen. Die aktuell im Vordergrund stehenden Verbindungen zum kroatischen Regime sind dabei kein Zufall, sondern knüpfen direkt an die Politik des faschistischen Deutschlands an, das sich bei seiner Aggression gegen die Völker Jugoslawiens während des Zweiten Weltkrieges des von ihm selbst aufgebauten Ustascha-Staates in Kroatien bediente.

Die Nachfolger der Nazifaschisten steuern heute wieder propagandistisch und praktisch auf Kriegskurs, der Fall Jugoslawien soll zur Probe aufs Exempel werden. Und den Ernstfall probt der westdeutsche Imperialismus bereits seit langem, nicht nur mit den Manövern und Planspielen seiner hochgerüsteten Armee, sondern auch durch die Bundesgrenzschutzeinsätze in Namibia und Somalia, die Stationierung von Alpha-Jets in der kurdischen Stadt Erhac während des Golfkrieges, Transportflüge der Bundeswehr in das türkisch-irakische Grenzgebiet oder die logistische und personelle Unterstützung der sog. "Luftraumkontrolle" gegen den Irak. Konkret geplant wird bereits die Entsendung bewaffneter Bundeswehrsoldaten nach Somalia.

Die gezielte Vorbereitung der Kriegsmaschinerie des westdeutschen Imperialismus auf den praktischen Einsatz innerhalb und außerhalb der Nato, überall dort, wo er "deutsche Interessen" gefährdet sieht, ist kein bloßes Muskelspiel, nicht nur ein Ablenkungsmanöver von der ökonomischen Krise und keineswegs eine vorübergehende Erscheinung. Diese Kriegsvorbereitungen sind Resultat der herrschenden kapitalistischen Ordnung im allgemeinen und der spezifischen verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus im besonderen. Im Kampf um Einflußsphären, zur Sicherung der Profite und ihres Systems der Ausbeutung und Unterdrückung hat die deutsche Bourgeoisie bereits zwei Weltkriege geführt. Nach dem letzten verlorenen Krieg sind die westdeutschen Imperialisten wieder zu einer Großmacht aufgestiegen, und sie fühlen sich stark genug, um derselben Ziele willen erneut lokale und auch weltweite militärische Aggressionen durchzuführen. Diese sind die letzte Konsequenz des kapitalistischen Profitprinzips, deshalb bringt das imperialistische System notwendig Kriege hervor!

mus" zusammengebrochen ist und zur Kapitulation gezwungen wurde, sondern die revisionistische Variante des Kapitalismus, welche die SED nach hoffnungsvollem Beginn dort etabliert hatte. Die schlechte staatskapitalistische Kopie wurde letztlich von ihrem klassischem Vorbild überrollt.

Mit der Kahlschlagsanierung in der Stahlindustrie, die mit der Schließung ganzer Standorte auf Kosten der dort Beschäftigten betrieben werden soll, den angekündigten Entlassungen von Zigttausenden in weiteren Schlüsselindustrien demonstriert diese Wirtschaftsordnung wieder einmal, wie sie funktioniert und schon immer funktioniert hat.

Der Ausdehnung der Produktion folgt der Einbruch, dem "Aufschwung" die Krise. Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden beschäftigungslos, nicht weil sie zu wenig, nein, weil sie zuviel produziert haben - nicht etwa zuviel, um ihre, die materiellen Lebensbedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung zu befriedigen zu können, sondern "zuviel" für die weitere profitable Verwertung des Kapitals. Maschinen, Produktionsanlagen, komplette Fabriken, welche die Kapitalisten angeschafft haben, weil künftige Profite lockten, stehen nun still, werden eingemottet und verschrottet, weil der Profit für sie nicht mehr stimmt. Und das bedeutet neben dem Einsatz neuester Technologie und Rationalisierung vor allem Senkung der Kosten für die lebendige Arbeit, die allein Wert und Mehrwert und damit auch Profit schafft.

Die Erzielung einer maximalen Rate des Profits um jeden Preis, das ist auf den Punkt gebracht die Ursache für Entlassungen und Arbeitslosigkeit, Resultat einer Wirtschaftsordnung, die auf der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruht.

Schrankenlose Produktion bei notwendiger Beschränkung der zahlungsfähigen Nachfrage unter dem Zwangsgesetz der Konkurrenz, sind in letzter Instanz verantwortlich für die kapitalistischen Krisen, die nur mit dieser Gesellschaftsordnung selbst verschwinden können.

Die Spaltungsmanöver von Kapitalisten und Staat durchkreuzen!

Die Kapitalisten und ihr Staatsapparat wissen natürlich, daß sie ihre Pläne nicht so einfach durchsetzen können, daß die Betroffenen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich wehren, da es um ihre Existenz geht. Staat und Kapital wollen Ruhe und Ausbeuterfrieden nicht nur für das laufende Geschäft sondern auch für weitergehende Pläne.

Deshalb setzen sie auf die Spaltung der Arbeiterklasse, versuchen, die Arbeiter innerhalb einer Fabrik, die Belegschaften verschiedener Fabriken, die Männer gegen die Frauen, die Beschäftigten gegen die Arbeitslosen auszuspielen. Und sie versuchen, Nationalismus und Chauvinismus schürend, die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander zu bringen.

Den deutschen Arbeitern soll das Schicksal der ausländischen Kollegen und Kolleginnen, die als erste entlassen werden, egal sein. Den Arbeitern in Dortmund wird eingeredet, sie hätten andere Interessen als die Arbeiter in Duisburg/Rheinhausen oder in Eberswalde/Finow; und allen zusammen soll weisgemacht werden, ihre Interessenlage sei doch ganz verschieden von denen der Arbeiter in anderen Ländern, zum Beispiel in Italien. Klassen-solidarität verhindern, ist die Absicht der Kapitalisten.

Eine Arbeiterklasse, die sich spalten und gegen ihre ausländischen Klassenbrüder und -schwestern ausspielen läßt,

die es zuläßt, daß ein Keil zwischen sie und Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Ländern getrieben wird, wird gegen die Kapitalisten nicht bestehen können! Das Ziel muß daher sein, die Solidarität von unten gegen den gemeinsamen Feind zu organisieren, sich gegenseitig in diesen Kämpfen zu unterstützen.

Trotz aller Schwierigkeiten hilft nur kämpfen!

Um dem Raubzug von Kapital und Staat wirksam und mit langem Atem entgegenzutreten zu können, muß man nüchtern sehen, welche Mittel die andere Seite hat, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Kapitalisten sind im Besitz der Produktionsmittel; die Arbeitskraft, diese in Bewegung zu setzen, ist nur gefragt, wenn die Profite stimmen.

Und sie verfügen nicht nur über ihre unmittelbaren ökonomischen Druckmittel. Sie können sich auch auf ihren Staatsapparat und die Regierenden verlassen, die keineswegs eine über allen Klassen und Klasseninteressen stehende Institution repräsentieren, sondern ein Instrument eben dieser Kapitalistenklasse darstellen. Die Monopole und Banken sind über tausend Fäden mit diesem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen verbunden, personell und finanziell, nehmen direkt und indirekt Einfluß, dirigieren letztendlich die wichtigen Fragen der Politik. Und die bewaffneten Verbände dieses Staatsapparates, Polizei und Armee, hören auf das Kommando der Kapitalisten, wenn es gilt, ihre Profitinteressen und die Ausbeuterordnung gegen die kämpfende Arbeiterklasse zu schützen.

Aber wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen sich einig und bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen; wenn sie nicht klein beigeben oder auf den bürgerlichen Staat vertrauen, können sie gegen die scheinbar "übermächtigen" Zwangsgesetze des Kapitalismus die *Macht ihres gemeinsamen Kampfes* setzen. Durch Lohnkampf, Streiks, Betriebsbesetzungen können zwar nicht die fundamentalen Widersprüche des Systems beseitigt werden, aber es kann der Preis in die Höhe getrieben werden, den die Kapitalisten zu zahlen haben, es kann das Schlimmste verhindert, und es können und müssen kurzfristige Erfolge erzielt werden, wenn sich die Lebenslage nicht weiter verschlechtern soll. Und es kann schließlich demonstriert werden: *Mit uns nicht!*

Wirklich Schlagkraft gewinnen kann der Kampf jedoch nur, wenn er *von unten* geführt wird, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihre eigene Kraft vertrauen, wenn sie selbständig ihre Belange verfechten und sich nicht auf die DGB-Führer verlassen. Denn wer den DGB-Führern folgt, wer ihren Mäßigungsapellen auf den Leim geht und sich deren Angstmache vor jeder unkontrollierten Auseinandersetzung nicht widersetzt, läuft Gefahr, daß er selbst im Regen stehen bleibt - abgesehen davon, daß die DGB-Führer das überzeugte Bekenntnis zur "Marktwirtschaft" genauso vor sich hertragen wie das zum "Grundgesetz" und der gesamten bestehenden kapitalistischen Ordnung.

Im Kapitalismus gibt es keinen Ausweg!

Mehr denn je ist es heute notwendig, den Arbeiterinnen und Arbeitern anhand der Tatsachen deutlich zu machen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung allenfalls kurzfristige Verbesserungen ihrer Lage geben kann, und selbst diese müssen erbittert erkämpft werden. Auf längere Sicht treten die Übel dieses Systems, Massenarbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit, steigende Ausbeutung durch Reallohnkürzungen und Steuerwucher, Preissteigerung und Inflation, unübersehbar und spürbar her-

vor. Denn sie sind, wie Krisen und Kriege, mit der Existenz des kapitalistischen Systems *untrennbar verbunden* und werden von ihm unvermeidlich immer von neuem hervorgebracht.

Hieraus ergibt sich die zwingende Erkenntnis, daß keines dieser Übel wirklich beseitigt werden kann, ohne die Wurzel des Übels radikal auszureißen, ohne das ganze kapitalistische System zu stürzen.

Daraus folgt selbstverständlich *nicht*, daß die Kämpfe und Forderungen der werktätigen Massen, die das System nicht in Frage stellen oder zu sprengen versuchen, vergeblich seien. Erstens sind die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Tagesforderungen lebensnotwendig, denn ohne diese Kämpfe sind sie der hemmungslosen Ausbeutung und der beständigen Verschlechterung ihrer Lebenslage durch das Kapital ausgesetzt. Und zweitens sind diese Kämpfe für Tagesforderungen eine unerläßliche Schule des Klassenkampfes, der Organisierung und Bewußtwerdung der Arbeiterklasse. Erst die dabei gemachten eigenen Erfahrungen, oft auch schmerzliche Erfahrungen, befähigen die werktätigen Massen konkret zu begreifen, was der Marxismus-Leninismus wissenschaftlich formuliert:

Nur der revolutionäre, gewaltsame Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der proletarischen Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei eröffnet der Arbeiterklasse und den Werktätigen auf die Dauer ein Leben ohne Ausbeutung und Lohnraub, ohne Steuerwucher, Inflation und Preissteigerung, ein Leben ohne Arbeitslosigkeit, Entlassungsterror und soziale Unsicherheit, ein Leben ohne ständig drohende Krisen und Kriege.

Nach wie vor gilt, was Marx und Engels bereits im "Manifest der Kommunistischen Partei" erklärt haben:

"Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder,
vereint euch!"



VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

- ★ Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin in verschiedenen Sprachen
- ★ Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale
- ★ Veröffentlichungen von WESTBERLINER KOMMUNIST, GEGEN DIE STRÖMUNG und ROTE FAHNE (MLPÖ)
- ★ Antimperialistische, antifaschistische Veröffentlichungen aus einigen Ländern

Öffnungszeiten: **Mittwoch 16.30 - 18.30**
Brunhildstr. 5, 1000 Westberlin 62
(Nähe U-Bhf. Kleistpark)